



Amnesty International/Pro Asyl: EU darf Außengrenzen nicht abschotten

Amnesty International/Pro Asyl: EU darf Außengrenzen nicht abschotten
S.O.S. Flüchtlinge: Retten statt abwehren!
Auf der Flucht vor Unterdrückung, Gewaltkonflikten und Armut sind allein im Jahr 2011 über 1.500 Menschen im Mittelmeer umgekommen. Europas Abschottungspolitik ist dafür mitverantwortlich. Die Staaten an den EU-Außengrenzen sind gemäß der Dublin-II-Verordnung für den überwiegenden Teil der Asylverfahren zuständig. Viele von ihnen nehmen ihre Zuständigkeit jedoch nicht wahr. So ließ Italien über Jahre hinweg Bootsflüchtlinge abfangen oder schickte sie ohne Prüfung ihres Schutzbegehrens nach Libyen zurück, wo ihnen Haft und Folter drohten. Auch in diesem Jahr vereinbarte Italien ein Abkommen mit dem nordafrikanischen Land, das diese Praxis ermöglicht. "Die italienische Regierung setzt Flüchtlinge damit der Gefahr schwerster Menschenrechtsverletzungen aus. Sie muss unverzüglich alle Abkommen zur Einwanderungskontrolle mit Libyen kündigen", fordert Wolfgang Grenz, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland.
Malta verzögert die Rettung von Flüchtlingen in Seenot. In Griechenland wird Flüchtlingen der Zugang zu einem fairen Asylverfahren systematisch verwehrt. Gleichzeitig riegelt es seine Landgrenzen zur Türkei ab, wo aktuell tausende syrische Flüchtlinge ankommen. "Europa muss Flüchtlinge schützen, nicht seine Grenzen", fordert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von Pro Asyl.
Insbesondere im Umgang mit syrischen Flüchtlingen klaffen Reden und Handeln deutscher Politiker auseinander. Mit dem um sechs Monate verlängerten Abschiebungsstopp gibt es wieder keine Rechtssicherheit für diese Flüchtlinge: Duldungen in Deutschland sind angesichts der andauernden dramatischen Menschenrechtslage in Syrien unangemessen.
Amnesty International und Pro Asyl begrüßen die deutsche Teilnahme am Resettlement-Programm des UNHCR. Sie fordern jedoch, dass Deutschland erheblich mehr Menschen aufnehmen sollte. Bislang sind bis 2014 nur 300 Resettlement-Plätze pro Jahr vorgesehen. Allein für 2012 werden jedoch weltweit noch etwa 100.000 Plätze benötigt.
Amnesty International und Pro Asyl stellten heute anlässlich des bundesweiten Flüchtlingstages (28.9.) ihre Forderungen an die deutsche und europäische Politik auf einer gemeinsamen Pressekonferenz vor. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Pressestellen von Amnesty International und Pro Asyl.
Amnesty International - Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Deutschland
Telefon: +49 (0)30 420248-306
Telefax: +49 (0)30 420248-321
Mail: presse@amnesty.de
URL: <http://www.amnesty.de/>

Pressekontakt

Amnesty International - Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

10405 Berlin

amnesty.de/
presse@amnesty.de

Firmenkontakt

Amnesty International - Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

10405 Berlin

amnesty.de/
presse@amnesty.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage